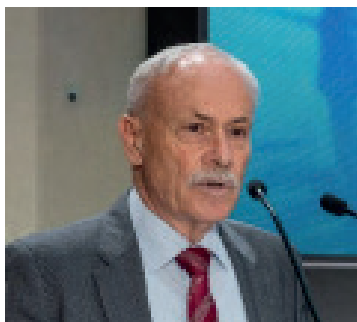




Kersten Lahl (* 6. Juli 1948 in Bielatal) ist Generalleutnant a.D. des Heeres bei der Bundeswehr und war nach seiner Pensionierung von 2008 bis 2011 Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin. Während seiner Zeit bei der Bundeswehr war Kersten Lahl von 1991 bis 1994 Adjutant und militärpolitischer Berater des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Seit 2012 ist er Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und publiziert zu verschiedenen sicherheitspolitischen Themen.



Ohne Standhaftigkeit kein Ende der ukrainischen Tragödie

Niemand hat eine zündende Idee, wie der brutale Überfall Russlands auf seinen Nachbarn Ukraine ein Ende finden könnte. Ein durchschlagender Erfolg der Gegenoffensive, mit der die ukrainischen Verteidiger so hohe Erwartungen verknüpft hatten, blieb bisher aus. Aber umgekehrt hat auch Putin seine Ziele in keiner Weise erreicht. Immer-

hin wollte er Anfang 2022 mit dem aus Norden, Osten und Süden vorgetragenen Großangriff ja auch Kiew nehmen und damit das gesamte Land unterwerfen. Das aktuelle Ergebnis seiner immensen Anstrengungen, die auf beiden Seiten viele Tausend Opfer und unfassbares Leid gekostet haben, ist aus dieser Perspektive heraus kläglich.

*GSP-Einblick erscheint unregelmäßig mit Interviews, Standpunkten oder Essays von herausragenden Expertinnen und Experten der deutschen und internationalen Sicherheitspolitik. Es wird ausschließlich die Position des jeweiligen Autors/der Autorin vertreten, die nicht zwangsläufig der Position der GSP entsprechen muss.

Letzteres zumindest lässt sich als ein Signal der Hoffnung werten. Denn was würde passieren, wenn Russlands Eroberungsfeldzug siegreich wäre? Erstens würde die Ukraine das verlieren, was einen Staat ausmacht – ihre Freiheit, Souveränität und territoriale Integrität. Es bedarf keiner besonderen Phantasie sich auszumalen, wie eine russische Besatzungsmacht mit dieser Situation umgehen würde. Es geht dort buchstäblich um Leben oder Tod. Zweitens würde sich die Lage in ganz Europa schlagartig weiter verschlechtern. Niemand wäre mehr halbwegs sicher, wenn auf unserem Kontinent militärische Gewalt zu imperialen Zwecken wieder salonfähig wird. Hochrüstung aller Staaten, und sei es nur aus Gründen des Selbstschutzes, würde tiefes Misstrauen aller gegen alle begleiten. Eigentlich wollten wir das doch nach 1990 längst überwunden haben. Und drittens bekäme auf globaler Ebene das besorgniserregende Streben nach Nuklearwaffen neue Nahrung. Denn das Beispiel Russland und Ukraine zeigt allzu vielen Interessenten: Hat man Atomwaffen, kann man sich nahezu alles erlauben. Hat man sie nicht, ist man schutzlos. Das wäre dann das endgültige Scheitern aller Versuche in Richtung nuklearer Abrüstung und zugleich das Ende des Vertrauens in internationale Verträge oder gar Kooperation. Kann sich die Welt das wirklich leisten angesichts der letztlich alle betreffenden Herausforderungen?

Es führt also speziell für den Westen kein Weg daran vorbei, die Ukraine in ihrem Kampf gegen den Aggressor nach besten Kräften zu unterstützen – und dies konsequenter als bisher. Es wäre fatal, vor den Drohungen Putins und seiner angeblichen Eskalationsdominanz zu erstarren. Das bewirkt nur das Gegenteil. Bestenfalls naiv ist es auch, einseitig auf Verhandlungen und die Kräfte der Diplomatie zu hoffen. Der Kreml wird sich erst in Richtung Frieden bewegen, wenn er erkennt, dass seine eigene Nutzen-Kosten-Bilanz negativ zu werden droht. Von daher sind Diplomatie und militärische Standhaftigkeit zwei Handlungsstränge, die sich synergetisch ergänzen und nicht gegenseitig ausgespielt werden sollten.

Die von dem früheren Nato-Generalsekretär Rasmussen kürzlich eingebrachte Idee, die Ukraine

ohne die besetzten Gebiete in die Nato aufzunehmen, bietet allerdings nicht mehr als eine Scheinlösung. Sie friert die aktuelle Frontlinie realiter ein und schreibt damit die Teilung des Landes fest – ein für die Ukraine selbst kaum hinnehmbares Szenario und zugleich sichtbares Eingeständnis russischen Teilerfolgs. Der Ansatz bedeutet zudem infolge der gegenseitigen Beistandsverpflichtung, Nato-Truppen in diesem faktischen Kriegsgebiet zu stationieren – was bisher aus guten Gründen strikt vermieden wurde. Dabei die konkreten Einsätze dieser Soldaten von solchen „außerhalb des Bündnisses“ und damit unerwünschten Folgen abzugrenzen, käme in der Praxis militärischem Unfug gleich. Und letztlich scheitert der Vorschlag allein schon deshalb, weil er wohl niemals die nötige Einstimmigkeit innerhalb der Nato erfahren wird.

Man sollte sich also besser auf das Machbare konzentrieren. Dabei gilt es zwischen kurz- und längerfristigen Perspektiven zu unterscheiden. Für Letztere, die auf eine künftige, tragfähige Sicherheitsarchitektur für Europa abzielen, fehlen seit nun schon rund 3 Jahrzehnten überzeugende und zugleich praktikable Ideen. Diese lassen sich überdies erst verwirklichen, wenn sich eine Lösung und damit ein Ende des aktuell so furchtbaren Krieges abzeichnet. Derzeit geht es also schlichtweg darum, unabdingbare Voraussetzungen für eine noch vage künftige Stabilität zu schaffen. Und das bedeutet: Aktuell verlangt die so gern postulierte und zugleich arg wackelige Zeitenwende im Kern nichts weniger, als standhaft den russischen Zumutungen auf allen Ebenen zu begegnen – und zwar in Wort und in Tat. Je glaubwürdiger das geschieht, desto eher lässt sich diese Tragödie in Europa beenden.

Der obige Beitrag wurde in leicht gekürzter Form am 12.12.2023 als Gastkommentar im Münchner Merkur veröffentlicht.

Der Text dieses Einblicks finden Sie auch als Blog unter*



Die **GSP** ist die älteste und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. **Mit über 6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit - **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Dr. Hans-Peter Bartels.

Abonnieren Sie auch unsere Social-Media-Kanäle und unseren You-Tube-Kanal !

GSP-Einblick* ISSN 2701-4088

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn
Wenzelgasse 42
53111 Bonn
T +49 (0)228 652556
geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro
Reichstagsufer
10117 Berlin
praesidenten-buero@gsp-sipo.de

